



des
Jugendparlaments
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

Wiesbaden, 29.04.2019

1. Den Mitgliedern des Jugendparlaments
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Jugendparlaments
am Dienstag, 30. April 2019, um 18:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Bericht des Vorstands
3. Bericht aus den Projektgruppen
4. Angelika-Thiels-Preis
Termin der Preisverleihung und Wahl dreier Mitglieder für das Auswahlgremium
5. Homepage
6. Neues Design des Logos

7. 19-J-42-0015

Debatte über Urban Gardening
- Antrag von Mats Rabenstein und Robin Balzereit -

Durch lokale Nahrungsmittelherstellung und ortsnahen Konsum können Transportwege und somit der Ausstoß von Kohlendioxid verringert werden. Da das Jugendparlament als Stimme der Jugendlichen fungiert, die in großer Zahl für mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit demonstrieren, sollte aus unserer Perspektive das Jugendparlament die Initiative ergreifen und Urban Gardening unterstützen.

Beschlussvorschlag

Die Vollversammlung möge daher beschließen, dass das Jugendparlament eine Stellungnahme zu Urban Gardening verfasst und - sofern sich Freiwillige finden lassen - eine Projektgruppe gründet.

8. 19-J-42-0016

Rauchverbot an Spielplätzen
- Antrag von Noah Said -

Das bestehende Rauchverbot wird auf öffentlichen Spielplätzen nicht wie gewohnt eingehalten. Das bestehende Rauchverbot soll daher verstärkt kontrolliert werden. Dadurch sollen die Anlagen von Zigarettenstummel verschont werden und Passivrauchen verhindert werden.

Der Antrag soll in der nächsten Stadtverordnetenversammlung diskutiert und eingereicht werden.

9. 19-J-42-0019

Fridays-for-future - Klimaschutz
- Antrag Moritz Wimmer -

Das Jugendparlament möge beschließen:

Das Jugendparlament Wiesbaden fordert im Namen der Fridays-for-future-Bewegung den Magistrat auf zu berichten:

- Welche Anteile des Maßnahmenkatalogs zum integrierten Klimaschutzkonzeptes der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 30. April 2015 sind bereits umgesetzt, befinden sich in der Umsetzung bzw. sind in den nächsten 18 Monaten geplant? Welche Anteile werden voraussichtlich in den nächsten 18 Monaten nicht umgesetzt?
- Werden die formulierten Ziele einer Einsparung des Gesamtenergieverbrauches um 20 % bezogen auf das Jahr 1990 sowie einer Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % erreicht werden?
- Welche CO₂-Einsparungspotentiale weist der Klimaschutzplan auf und wie stark wurden diese bereits ausgeschöpft?

10. 19-J-42-0020

Grüne Energie für kommunale Gebäude
- Antrag von Robin Balzereit -

Das Jugendparlament Wiesbaden möge beschließen, dass der Magistrat gebeten wird, die anschließenden Fragen zu beantworten:

Aus welchen Energieträgern stammt der Strom für die Versorgung von städtischen Institutionen wie zum Beispiel Schulen?

Gibt es schon städtische Einrichtungen, welche ausschließlich oder teilweise mit Ökostrom betrieben werden?

Beschlussvorschlag

Je mehr Menschen und auch städtische Institutionen grünen Strom nutzen, umso stärker werden erneuerbare Energien nachfragebedingt ausgebaut. Diese regenerativen Energien sind nicht endlich und schaden somit nicht den Ressourcen unsrer Erde, wie es konventionelle Energieträger tun. An dieser Stelle ist wichtig zu nennen, dass grüner Strom keine zusätzlichen CO₂ Emissionen verursacht, wodurch nicht nur die oben genannten Ressourcen geschützt werden, sondern auch die Erderwärmung reduziert werden kann. Die Verringerung der Schadstoffbelastung ist für jeden Einzelnen zu vermindern - gerade, wenn wir als Stadt Wiesbaden immer wieder Schadstoffgrenzwerte überschreiten. Demzufolge würde ein Wechsel zu grünem Strom Wiesbaden zu einer nachhaltigeren Stadt machen und so möglicherweise die Bürger und andere Städte dazu inspirieren, zu einem ressourcenschonenden Energieträger zu wechseln. Entsprechende Maßnahmen sind zu betrachten, sofern die Stadt nicht auf nachhaltige Energiequellen setzt.

11. Verschiedenes

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt das Jugendparlament nicht öffentlich, falls Tagesordnungs-punkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Gottwald
Vorsitzender